

Pressekonferenz, 11. Juli 2012

Bildung wirkt!

Lebenslanges Lernen für Wachstum und Wohlstand

Vorstellung des Diskussionspapiers des Berlin-Instituts für
Bevölkerung und Entwicklung im Auftrag der INSM

Statement

Dr. h.c. Wolfgang Clement
Kuratoriumsvorsitzender
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, mit den Themen Bildung, Qualifikation und lebenslanges Lernen in meine Aufgaben als Kuratoriumsvorsitzender der INSM einsteigen zu können.

Für ein Land wie das unsere, das sich in einem tiefgreifenden demografischen Umbruch befindet, gibt es kein wichtigeres Themengebiet. Wie wir damit umgehen, wird über unsere Zukunftskraft entscheiden.

Ein Blick auf unseren Arbeitsmarkt lehrt: Mangelnde oder gar fehlende Bildung bzw. Ausbildung sind das eigentliche Handicap der Mehrzahl derer, die hierzulande heute noch arbeitslos sind.

Daraus folgt:

Gute Bildung ist die beste Arbeitsmarktpolitik.

Sie ist viel wichtiger und auch erfolgversprechender als jegliches Herumdoktern an den insgesamt erfolgreichen Arbeitsmarktreformen der Jahre 2002 bis 2005.

Deshalb ist es auch richtig zu fordern, dass die nachsorgende Sozialpolitik von einer vorsorgenden Politik für Bildung und Qualifikation abgelöst werden sollte.

Die Antworten auf die sozialen Fragen von heute und morgen müssen mehr aus der Bildungspolitik als aus der Sozialpolitik kommen.

Sozialpolitik versucht zumeist zu reparieren, was zuvor aus irgendwelchen Gründen misslang. Aber es kostet viel Kraft, wenn die

Reparatur ganz gelingen soll. Bildungspolitik sorgt vor, und wenn sie gelingt, erspart sie die Reparaturarbeit.

Herr Dr. Klingholz wird gleich ins Konkrete gehen und aus wissenschaftlicher Sicht die Lage und den Erneuerungsbedarf schildern und belegen.

Aber klar ist: Auch für den Staat ist es wesentlich teurer, sich im Nachhinein um die „Bildungsverlierer“ kümmern zu müssen, als von vornherein dazu beizutragen, dass durch eine individuellere Förderung alle die gleichen Chancen erhalten, ihre Talente zu entwickeln.

Auch wenn Erziehung und Bildung für jeden und jede Einzelne mehr bedeuten, als sich in Geld ausdrückt, ist es doch nicht abwegig festzuhalten, dass Menschen mit höherem Bildungsniveau in der Regel auch höhere Einkommen erzielen und deshalb auch mehr Geld zu den staatlichen und staatlich regulierten Kassen beisteuern. Aber vor allem steigern sie mit ihrer Leistungsfähigkeit die Innovationskräfte und damit die Wachstumspotenziale unseres Gemeinwesens.

Auch vor diesem Hintergrund erscheint es wenig sinnvoll, wenn sich „die Politik“ immer wieder neue (Geld-)Leistungen für Eltern und Familien einfallen lässt, statt endlich einmal das familienpolitische Finanzierungsgeflecht in Deutschland gründlich zu durchforsten. Das gilt natürlich erst recht, wenn solche Leistungen absehbar nicht den angestrebten Effekt erzielen werden, nämlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

Alles, was bei äußerst angebrachter Haushaltsdisziplin durch Umschichtungen und Einsparungen an anderen Stellen an Geldmitteln

mobilisiert werden kann, gehört in Kinderkrippen und Kindergärten, in Schulen und Hochschulen.

Aber auch der deutsche Bildungsföderalismus führt erkennbar nicht zu dem gewünschten Effekt, durch Wettbewerb unter den 16 Bundesländern eine Qualitätssteigerung im Bildungswesen zu erreichen. Eher das Gegenteil ist richtig. Es darf jedenfalls nicht sein, dass ein angehender Lehrer in Oldenburg eine andere Ausbildung erfährt als ein Lehramtsstudent in Stuttgart. Ebenso wenig ist es hinnehmbar, dass Eltern durch einen Umzug innerhalb Deutschlands einen Knick in der Schulkarriere ihrer Kinder riskieren.

So wird unser Bildungswesen zum Mobilitätshemmnis.

Mit Blick auf die Fähigkeit, gemeinsame, in allen Ländern verbindliche Standards für Erziehung und Bildung zu entwickeln und zu praktizieren, sollte auch die Entscheidung über die Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungsföderalismus fallen.

Deutschland darf sich nicht weiterhin in bildungspolitischer Kleinstaaterei ergehen!

„Kein Kind geht verloren, an das ein Lehrer glaubt.“ Dieser Satz stammt von dem Pädagogen Bernhard Bueb.

Er rückt die herausragende Rolle des Erziehers und Lehrers in den Mittelpunkt. Das ist für den Erfolg bildungspolitischer Reformen von ausschlaggebender Bedeutung. Der Lehrerberuf muss in unserem Land eine Aufwertung erfahren. Die Motivation, junge Menschen zu erziehen und zu bilden und auszubilden, muss im Vordergrund der Entscheidung für den Beruf des Menschenbildners stehen.

Derzeit setzt offensichtlich die Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern falsche Anreize. Sie führt nicht dazu, dass sich die Motiviertesten und Besten eines Jahrgangs für den Lehrerberuf entscheiden. Die Leistungsvergütung sollte deshalb von Grund auf reformiert werden, weg von einem starren, hin zu einem flexiblen System mit leistungsorientierter Vergütung.

Bei alledem und weiteren Schritten der Erneuerung, über die Herr Dr. Klingholz sprechen wird, ist wichtig zu wissen: Ein reformiertes Bildungssystem bedeutet im Erfolgsfall enorme volkswirtschaftliche Mehreinkünfte. Gelänge es zum Beispiel, den Anteil von Bürgerinnen und Bürgern ohne Ausbildung zu halbieren, so ergäbe sich ein beachtlicher Gewinn für die öffentlichen Kassen. Er läge, wie das Berlin-Institut errechnet hat, für jeden Jahrgang von 21-Jährigen und hochgerechnet auf ein Berufsleben von 35 Jahren bei 1,5 Milliarden Euro. Mit einem nachhaltig verbesserten Bildungssystem stiege der Gewinn unter Berücksichtigung der sinkenden Geburtenrate innerhalb von zehn Jahren auf 13 Milliarden Euro.

Weil Arbeitslose Kosten verursachen und Erwerbstätige Einnahmen auch für den Staat bedeuten, errechnen sich für Bildungsinvestitionen fiskalische Renditen von deutlich über zehn Prozent. Bildung zu fördern, ist deshalb aus haushaltspolitischer Sicht rentabel und nur vernünftig.

Eins ist klar: Die Verantwortung, sich um seinen Bildungsweg und seinen Bildungserfolg zu kümmern, bleibt natürlich bei jedem und jeder Einzelnen.

- Aber immer noch fast 50.000 Schulabbrecher und viel zu viele Menschen ohne bzw. ohne abgeschlossene Berufsausbildung,

- die unzureichenden Wechselmöglichkeiten in unserem mehrgliedrigem Schulsystem,
- die Notwendigkeit eines verpflichtenden Vorschuljahres für alle Kinder und
- die allort fehlenden Ganztagschulen, die auch helfen könnten, die Lehrpläne zu entzerren und Raum zu schaffen für individuelle Betreuung und kontinuierliche Unterstützung von schwächeren, aber auch von stärkeren Schülerinnen und Schülern,

all dies und noch einiges mehr fordert uns heraus, dem Thema Bildung in unserem Land absoluten Vorrang zu geben. Dazu wollen wir heute gemeinsam mit dem Berlin-Institut einen Anstoß geben!